



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 16. Oktober 2008 (221.10)
(OR. en)**

14381/08

COPEN 190

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender: Raul Mälk, Ständiger Vertreter der Republik Estland bei der Europäischen Union
Empfänger: Generalsekretariat des Rates

Betr.: Rahmenbeschluss 2005/214/JI vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des
Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen
– Mitteilungsschreiben

Mitteilungsschreiben des Justizministeriums der Republik Estland, Tallinn

Datum: 30. September 2008

Aktenzeichen: 10.3-6/10898

Herrn Ivan BIZJAK
Generaldirektor
Generaldirektion H (Justiz und Inneres)
Rat der Europäischen Union
Rue de la Loi 175
B-1048 Brüssel

Rahmenbeschluss 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen – Mitteilung und Durchführungsgesetze zu Rahmenbeschlüssen

Unter Bezugnahme auf Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 16 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen teilt Estland dem Generalsekretariat des Rates Folgendes mit:

1. Im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen ist das Justizministerium die für Estland zuständige Behörde, und zwar sowohl dann, wenn Estland Entscheidungsstaat ist als auch dann, wenn Estland Vollstreckungsstaat ist. Eine Entscheidung kann zusammen mit der dazugehörigen Bescheinigung an folgende Anschrift gesandt werden:

EV Justiitsministeerium
Tõnismägi 5a
Tallinn 15191
ESTLAND
Tel.: +372 620 8100
E-Mail: info@just.ee

2. Hinsichtlich Artikel 16 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses erklärt Estland hiermit, dass es Bescheinigungen akzeptiert, die in estnischer oder englischer Sprache erstellt bzw. in eine dieser Sprachen übersetzt wurden.

3. Gemäß Artikel 20 Absatz 5 des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen und Artikel 14 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2003/577/JI des Rates vom 22. Juli 2003 über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union übermittelt Estland hiermit den Wortlaut der Rechtsvorschriften, mit denen seine Verpflichtungen aus diesen Rahmenbeschlüssen in sein innerstaatliches Recht umgesetzt werden (siehe die entsprechenden Dokumente auf den beigefügten neun Seiten).

Mit freundlichen Grüßen

gez. Margus Sarapuu
Generalsekretär

Ülle Eelmaa 620 8288; ylle.eelmaa@just.ee